

**Der Fremde als Feind? Heimatlos, ausgegrenzt**

---

***„In die Flucht getrieben – Ursachen in den Entwicklungsländern,  
Verantwortung der EU“***

**Thomas Gebauer, medico international**

I.

Es sind brennende Fragen, mit denen wir uns heute beschäftigen werden. Die faktische Verweigerung von Asyl infolge der kaum noch überwindbaren Abschottung Europas, die Verschärfung der Aufenthaltsgesetze, die zunehmende Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten, - all das steht für eine skandalöse Entwicklung, die eine kritische Öffentlichkeit, - eine, die noch menschlich empfindet -, unbedingt und unmissverständlich zurückweisen sollte. Ich hoffe sehr, dass diese Tagung dazu einen Beitrag leisten kann.

Und es freut mich natürlich, dass Sie mir gleich zu Beginn die Gelegenheit geben, über die Grenzen hinaus in die Herkunftsländer zu schauen, um über die Ursachen von Flucht und Migration zu berichten, freut. Für ein Engagement, das sich mit der Verbesserung der rechtlichen Lage und der Lebensumstände von Migranten, Illegalen und Asylbewerbern hier in Europa befasst, ist das durchaus von Bedeutung. Es hilft zu verstehen, dass Menschen, die zu uns kommen, keine Störenfriede sind, sondern Opfer globaler politischer und wirtschaftlicher Umstände, für die nicht zuletzt Europa Verantwortung trägt.

II.

Mit der Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze und der Intensivierung der Abschottungspraxis entlang der europäischen Außengrenzen sind Flucht und Migration natürlich nicht abgeschafft, sondern nur unsichtbar gemacht

worden. Zumindest für weite Teile der hiesigen Bevölkerungen. Gebe es nicht ab und zu die Bilder von ausgemergelten Menschen, die in wackligen Booten das Mittelmeer zu überqueren versuchen, die Tatsache, dass Flucht und Migration nie so groß waren wie heute, käme kaum noch ins Bewusstsein.

Schätzungen sprechen von bald 300 Millionen Menschen, die sich im letzten Jahr fern ihrer Heimat befunden haben.

15 Millionen von ihnen waren Kriegs- und politische Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention; 26 Millionen sogenannte Binnenvertriebenen, wobei deren Zahl in den letzten Jahren stetig zugenommen hat; offenbar fällt es immer schwerer, im Falle von bewaffneten Konflikten Zuflucht in einem sicheren Ausland zu finden. Binnenvertriebene fallen zwar nicht offiziell unter das Mandat des UNHCR, viele von ihnen werden aber vom ihm unterstützt.

Weder völkerrechtliche Anerkennung noch Unterstützung durch den UNHCR erfahren dagegen jene Flüchtlinge, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen heimatlos werden. 50 - 150 Millionen Klima- und Umweltflüchtlinge soll es derzeit geben. Aber schon 2050 soll deren Zahl an 250 Millionen angestiegen sein, prognostiziert die „International Organization for Migration“ (IOM). Problematisch ist das auch deshalb, weil der völkerrechtliche Status dieser Gruppe von Flüchtlingen bislang völlig unklar ist. Unbedingt ist darüber nachzudenken, ob es einer eigenen Konvention für Umweltflüchtlinge bedarf.

Den größten Anteil der heutigen Flüchtlinge aber sind Menschen, die sich auf der Suche nach menschenwürdigen Lebensgrundlagen befinden. Über 200 Mio. sollen es im letzten Jahr gewesen sein. Meist ist es ein Mix aus Armut, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit, der zur Migration zwingt. Mit steigender Tendenz übrigens, was angesichts der anhaltende Krisendynamik auch nicht anders zu vermuten ist.

Aber bevor ich auf diese Krisendynamik näher eingehe, gilt es noch klar zu stellen, dass die politisch geschürten Befürchtungen, Europa könne von

Flüchtlingswellen, von Überfremdung und Gewalt überschwemmt werden, bar jeder Realität sind.

80% aller Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, finden Zuflucht in den Entwicklungsländern. Auch die meisten der Armuts- und Klimaflüchtlinge bleiben entweder in ihren Herkunftsländern, wandern ab in die Slums der größeren Städte oder bleiben in der Region. Nur die wenigsten kommen nach Europa. Allein in Südafrika sollen sich 7 Mio. afrikanische Migranten „illegal“ aufhalten. In der EU liegt die Zahl der „Illegalen“ seriösen Schätzungen zufolge zwischen 2,8 - 6 Mio. Nochmal zum Vergleich: 7 Mio. in Südafrika, das 50 Mio. Einwohner hat, und nicht einmal so viele in der EU mit ihren 500 Mio. Einwohnern. Die europäische Angst vor der Migration ist keine, die sich auf konkrete Erfahrungen berufen könnte; sie ist eine, die etwas über die Verfasstheit der eigenen Gesellschaften aussagt - doch dazu später.

III.

Zurück zur herrschenden Krisendynamik und damit verbunden zu den Fluchtursachen. Sie sind letztlich nur mit Blick auf das zu verstehen, was wir Globalisierung nennen.

Wenn wir einmal all das euphemistische Gerede beiseitelassen, mit der Politik und Medien uns den Globalisierungsprozess zu erklären versuchen, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie bislang betrieben wurde – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, die „globale village“, sondern die Wiederankurbelung der in den 70er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung. Damals schienen die Grenzen des Wachstums erreicht und die Schaffung von Rendite nur noch möglich über die Senkung der Produktionskosten. Erreicht wurde dies u.a. über den Einsatz neuer Technologien, aber auch über die Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde fortan bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen zu erwarten

waren. Entsprechend wurden Arbeitsplätze in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion, war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Nicht die Freizügigkeit der Menschen stand also auf dem Programm, sondern nur die Freiheit von Waren- und Geldströmen. Das neoliberale Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, aber hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem „Trickle down“-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, der Armen ärmer.

Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen:

- 2,8 Milliarden Menschen führen heute einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf mit weniger als zwei Dollar am Tag.
- 3 Mrd. Menschen, d.h. die Hälfte der Weltbevölkerung haben zusammen ein geringeres Einkommen als die 400 reichsten Familien.
- Knapp 1 Mrd. Menschen leiden Hunger; im Zuge der Finanzkrise ist ihre Zahl sprunghaft angestiegen.
- 300 Mio. sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes infolge von Armut gestorben, mehr als in all den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Die Globalisierung hat sich so in zwei gegenläufigen Prozessen vollzogen: sie hat einerseits die Welt zu einem globalen System integriert, zugleich aber auch große Teile der Weltbevölkerung ökonomisch ausgegrenzt, zu Verlierer gemacht, für die es in den neuen weltwirtschaftlichen Zusammenhängen keinen Platz mehr zu geben scheint. „Redundant People“ werden die Verlierer im Englischen genannt: überflüssige Menschen.

IV.

Lassen Sie mich mit einigen Schlagworten die Folgen der Globalisierung für den Süden beschreiben.

Um die Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, mussten sie wirtschaftlicher Strukturanpassungsprogramme über sich ergehen lassen, in deren Folge sozialstaatliche Institutionen oft bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt wurden. Öffentliche Ressourcen, die eigentlich zur Finanzierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung notwendig gewesen wären, sind in den Schuldendienst geflossen bzw. in Sicherheitsapparate gesteckt worden, um jene korrupten Eliten abzusichern, die nach außen für die weltwirtschaftliche Integration garantierten. Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich unter diesen Umständen entwickeln, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse, die sich Zustimmung bestenfalls noch über populistische Politiken, über Klientelismus und Patronagewesen sicherten.

In nicht wenigen Ländern ist es zum vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen, an deren Stelle die Willkürherrschaft von Warlords trat.

Begünstigt von der Erosion der politischen Verhältnisse konnte sich eine globale „Schattenwirtschaft“ ausbreiten, zu der der illegale Holzeinschlag ebenso zählt, wie die Drogenökonomie, der Raubbau an Bodenschätzen und der Menschenhandel.

Aber auch ganz offen und vertraglich gesichert nutzt der Norden seine Dominanz, um sich den Zugriff auf wichtige Ressourcen zu sichern. Die Folgen dieser „Extraktionswirtschaft“ sind beispielsweise in Mali zu sehen. Mali ist zwar der drittgrößte Goldproduzent Afrikas, doch zugleich eines der ärmsten Länder. Die Erlöse aus dem Goldgeschäft gehen komplett an der malischen Bevölkerung vorbei ins Ausland.

Mitverantwortlich für solche Zustände sind bilaterale Außenhandelsabkommen, z.B. die „Economic Partnership Agreements“, die die EU mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika schließt. Es rechnet sich für europäische Firmen, wenn der Zugriff auf relevante Rohstoffe vertraglich so geregelt ist, dass kaum

Steuern oder Zöllen anfallen, von den Ländern des Südens aber allerlei Lizenzgebühren für patentgeschütztes Saatgut, Kommunikationstechnologie und Arzneimittel verlangt werden darf.

Wie wenig aber das Liberalisierungsdogma gilt, wenn es darum geht, den eigenen Vorteil zu sichern, machen die Exportsubventionen deutlich, mit denen sich die Industrieländer Wettbewerbsvorteile auf ausländischen Märkten verschaffen. Rund 350 Mrd. Dollar wenden sie jährlich dafür auf, ca. 1 Mrd. Dollar pro Tag. So absurd es klingt: auf den Märkten Westafrika ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, um durchschnittlich 1/3 billiger als Produkte aus heimischen Anbau. Bis zum Jahr 2025 werden zwei Drittel der afrikanischen Agrarfläche verschwunden und weitere 135 Mio. Menschen auf der Flucht sein.

Die Liste der Gründe, die für die Vernichtung traditioneller Lebensgrundlagen mitverantwortlich ist, ließe sich mühelos fortsetzen.

Zu nennen wären:

die wachsende Nachfrage nach Bio-Diesel, dem immer mehr Anbauflächen im Süden zum Opfer fallen;

die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen, die zu einer Verteuerung von Grundnahrungsmitteln geführt hat;

das „Landgrabbing“, mit dem sich z.B. zahlungskräftige Golfstaaten in Afrika die fruchtbarsten Agrarflächen unter den Nagel gerissen haben, die nun der Existenzsicherung der lokalen Bevölkerungen entzogen sind;

der internationale Trawler-Fischfang, der lokalen Kleinfischern die Lebensgrundlage raubt;

der Klimawandel, der die am härtesten trifft, die am wenigsten dafür die Verantwortung tragen. etc. etc.

V.

Aber selbst noch aus den Folgen der Vernichtung von Lebensgrundlagen, selbst noch aus Flucht und Migration lässt sich Kapital schlagen. Und damit meine ich noch nicht einmal den Menschenschmuggel, der sich unterdessen zu einem höchst lukrativen Geschäftsmodell entwickelt hat, sondern die

systematische Ausnutzung von ungleich verteilten Bildungschancen und Einkommen. Eine Krankenschwester beispielsweise verdient auf den Philippinen 146 Dollar im Monat. In den Golfstaaten sind es schon 500 Dollar, in den USA schließlich sogar 3000 Dollar. Was Wunder, dass in den letzten Jahrzehnten jährlich 3000 philippinische Krankenschwestern ausgewandert sind. Ganze Familien auf den Philippinen überleben nur, weil es ihnen gelungen ist, wenigstens eine Tochter im reichen Norden unterzubringen.

Der Braindrain, der auf diese Weise angefeuert wird, aber geht zu Lasten der armen Länder selbst. Volkswirtschaftlich betrachtet bringen sie für Ausbildungskosten mehr auf, als sie etwa in Form von Entwicklungshilfe zurückbekommen. Länder, wie Großbritannien, die systematisch medizinisches Personal im Ausland rekrutieren, sind Netto-Empfänger. Deutschland, das bislang noch auf ein systematisches Anwerben von medizinischem Fachpersonal im Süden verzichtet, bereitet sich darauf, genau das bald zu tun. Weil ein rapider Anstieg des Fachkräftemangels erwartet wird, ist die „zirkuläre Migration“ zurück auf der politischen Agenda.

So absurd es klingt: viele Herkunftsländer sind aus wirtschaftlichen Gründen auf den Exodus der eigentlich im eigenen Land benötigten Arbeitskräfte angewiesen. Und das hat mit den Rücküberweisungen von Migranten zu tun, deren Summe in den letzten Jahren immer so um die 300 Mrd. Dollar betrug, deutlich mehr als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe, die bei ca. 100 Mrd. Dollar liegt.

Rücküberweisungen aber verschaffen den Herkunftsländern nicht nur Vorteile. Im Gegenteil: sie lähmen die Entwicklung eigenständiger Ökonomien und machen die Länder obendrein noch politisch erpressbar. Arbeitskräfte, die der Norden vielleicht heute noch braucht, könnten schon morgen zurückgeschickt werden.

Die Menschen im Süden wissen übrigens sehr genau, dass es die globalen Verhältnisse sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen entscheiden können. Viele

Familien, Clans und Dörfer setzen deshalb auf eine Diversifizierung der Einkünfte. Zur Maximierung der Überlebenschancen werden gezielt Familienmitglieder auf die Welt verteilt. Zukunftssicherung ist das Ziel, und so drückt sich in der weltweiten Migration eben nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch die Hoffnung auf Zukunft, der Anspruch auf Überleben, eine Art „Globalisierung von unten“.

VI.

Es ist diese „Globalisierung von unten“, die den Sicherheitspolitikern des Nordens ein Dorn im Auge ist. Unbedingt wollen sie die außer Kontrolle geratene globale Migration wieder in den Griff bekommen. Dazu ist in den letzten Jahren ein Migrationsmanagement aufgebaut worden, das Abschottung und Selektion weit vor den EU-Außengrenzen, z.B. in den Ländern des nördlichen Sahel und Westafrika regelt. Ein paar „erwünschte Migranten“ kommen durch, die anderen sollen bleiben, wo sie sind.

Immer klarer zeigt sich das EU-Grenzregime als Ausdruck eines „Sicherheitsimperialismus“, der nicht mehr auf Integration, sondern Exklusion zielt. Dass dabei die globalen Spaltungsverhältnisse weiter verschärft werden, wird von der EU offenbar billigend in Kauf genommen.

Bemerkenswert ist, dass sich die EU der Gefahren, die aus der voranschreitenden Vernichtung von Lebensgrundlagen resultiert, durchaus bewusst ist, aber sie – wenn überhaupt – nur am Rande mit der eigenen Politik in Beziehung setzt.

Nicht die milliardenschweren Agrarexportsubventionen mit ihren fatalen Auswirkungen auf die Lebensumstände afrikanischer Bauern gelten als Gefahr für die globalen Verhältnisse, sondern das, was daraus resultiert: der Bevölkerungsdruck, die Migration, die Verstädterung. Nicht der Trawlerfischfang vor der somalischen Küste gilt als Problem, sondern die in ihrer Existenz bedrohten somalischen Fischer, die sich nur noch mit dem Mittel der Piraterie zu helfen wussten.

Weil die Ursachen für die Bedrohungen sozusagen allesamt im Süden selbst ausgemacht werden, kreisen die Überlegungen, wie ihnen zu begegnen sei, auch nur um weitere Abschottung. All das Bemühen der wohlhabenden Länder um Fluchtursachenbekämpfung und Migrationsmanagement, an deren Ende dann eben Frontex steht, scheint mir von der ganz profanen Frage angetrieben zu werden, wie man sich diejenigen, für die es in den profitablen Zonen der Welt keinen Platz zu geben scheint, vom Leib halten kann.

VII.

Natürlich stellt sich die Frage, warum eine solche Politik überhaupt auf gesellschaftliche Akzeptanz trifft? Ganz sicher spielen hier politisch geschürte Ressentiments eine Rolle, und ganz sicher auch die Angst vor eigener Deklassierung, die ja nicht von der Hand zu weisen ist.

Es war Hannah Arendt, die überzeugend dargelegt hat, dass Flüchtlinge immer auch symbolisieren, wie nahe Zivilisation und Barbarei zusammen liegen. Menschen, die fliehen, haben nichts mehr als das „nackte Leben“. Sie sind zurückgeworfen auf das, was in der politischen Theorie mit Naturzustand, mit Barbarei gemeint ist: eine Existenz bar von Rechten, bar von Schutz durch Regierungen und Staaten. Ihnen ist das fundamentalste aller Menschenrechte genommen: das Recht, Rechte zu haben, wie Arendt sagt.

Ob Flüchtlinge nun in Lagern sitzen oder sich frei bewegen können, welche Behandlungen ihnen auch immer zuteil wird, sie haben mit dem Verlust ihrer Rechte den Bezug zu der von Menschen errichteten Welt verloren. Flüchtlinge, so Arendt, sind natürlich keine Barbaren, sie erscheinen aber inmitten einer Gesellschaft, die die Barbarei, den Naturzustand beseitigt zu haben glaubt, als Vorboten kommender Barbarei.

Interessant ist, dass Hannah Arendt einerseits keinen Zweifel an der Bedeutung des Rechts ließ, aber zugleich deutlich machte, dass es erst die Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen ist, die dem Recht zur Geltung verhilft. Erst als Teil einer rechtlich verfassten Gemeinschaft sichern sich die Menschen den

Zugang zu ihren Rechten. Dagegen führt sozialer Ausschluss immer auch zu Rechtlosigkeit.

Angesichts der faktischen Ausgrenzung weiter Teile der Weltbevölkerung ist das Recht, Rechte zu haben, heute mehr denn je bedroht. Zumal die Exklusionsphänomene längst nicht mehr nur auf den Süden beschränkt sind. „There is no such a thing as society“, behauptete die kürzlich verstorbene Margret Thatcher Ende der 1980er Jahre und ebnete damit den Weg für die neoliberale Umgestaltung auch der eigenen Gesellschaften. Seitdem sind Werte und Institutionen, die dem Gemeinwesen verpflichtet sind, Zug um Zug durch die private Initiative und einer ideologisch überhöhte Konzeption von Eigenverantwortung ersetzt worden. Wenn jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht, so Kern der neoliberalen Ideologie.

Dort, wo solidarische Sicherungssysteme dem privaten Profit opfert werden, ein selbstsüchtiger Egoismus gefeiert und der Kampf aller gegen alle gepredigt wird, ist der Naturzustand allerdings nicht mehr weit. Fremde werden zu Feinden, weil sie uns den Spiegel der einigen fatalen Strategien und Lebenslügen vorhalten.

VIII.

Ich will nicht schließen, ohne wenigstens den Weg aus all dem Irrsinn angedeutet zu haben.

Selbstverständlich ist es ein ethisches Gebot, Menschen, die auf der Suche nach Schutz zu uns kommen, mit Solidarität statt mit Feindseligkeit zu begegnen. Voraussetzung dafür aber ist die Bereitschaft, in den Anderen überhaupt erst wieder Menschen mit Bedürfnissen und Rechten zu sehen, ihre Würde zu respektieren. Ohne die gesellschaftliche Zurückdrängung des „selbstsüchtigen Egoismus“, der sich hierzulande breitgemacht hat, wird das nicht gehen.

Selbstverständlich gilt es dann auch dafür zu sorgen, die rechtliche Lage von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern. Zwei zusätzliche Arbeitsfelder habe

ich in diesem Kontext erwähnt: die Schaffung einer Konvention für Klima- und Umweltflüchtlinge sowie die Verabredung eines Völkerrechtsabkommens zur Regelung der Migration von Gesundheits- und anderen Fachkräften (eines, das nicht nur Freizügigkeit garantiert, sondern auch die Kompensation für geleistete Ausbildungskosten).

Selbstverständlich bedarf es eines grundlegenden Politikwechsels. Solange der Norden auf die so tief gespaltene Welt mit immer mehr Abschottung, immer höheren Mauern und immer ausgefeilter Sicherheitstechnologie reagiert, geht die Entwicklung notwendig in die falsche Richtung. Erst die Rückbesinnung auf eine Politik, die die soziale Kohäsion wieder fördert, statt sie zu unterminieren, schafft die Voraussetzungen, dass allen „das Recht, Rechte zu haben“ wieder zuteil werden kann.

Dazu aber braucht es mehr als wohlfeilen Sonntagsreden, mit denen heute das Gemeinwohl überall beschworen wird. Es geht um die Schaffung normativer und materieller Voraussetzungen: beispielsweise um die globale Angleichung von Arbeitsstandards, das Verbot umweltschädigender Produktion, die Finanzierung von globalen sozialen Sicherungssystemen über Pflichtbeiträge der wohlhabenderen Ländern.

Erst dann wäre das doppelte Recht verwirklicht, für das sich medico zusammen mit seinen Partner in aller Welt stark macht: Das Recht, zu gehen und das Recht zu bleiben.

Besten Dank